



Schweizer sind Kerneuropäer

Mit dem Rücken zur Wand.

Der Bilateralismus der Eidgenossen erinnert ihn an Tarzan – man hangelt sich von einer Liane zur nächsten. Als Modell taugt die Europapolitik der Schweizer jedenfalls nicht. Sagt Carl Baudenbacher, ein Schweizer.

HEIKE HAUSENSTEINER

Carl Baudenbacher ist Schweizer und Europa-rechtsexperte. Der europäische Weg der Schweiz taugt nicht als Modell, sagt er. Der österreichischen Seele attestiert er ein hohes Maß an Sentimentalität und eine Neigung zum Verdrängen.

SN: Sie waren jahrelang Europa-rechtsprofessor an der Uni St. Gallen und vertreten, obwohl Sie Schweizer sind, Liechtenstein am Gerichtshof der Europäischen Freihandelszone (EFTA), dessen Präsident sie auch sind. Wie lässt sich Ihre europäische Gesinnung erklären?

Baudenbacher: Als Schweizer ist man, auch wenn das viele im Land nicht wahrhaben wollen, Kerneuropäer. Ich bin in einer beschaulichen Kleinstadt aufgewachsen, habe aber als Jugendlicher viele Sommer bei einer italienischen Familie verbracht. Meine deutsche Ehefrau hat dann wesentlich zur Erweiterung meines helvetischen Horizonts beigetragen. Ich habe in Deutschland und in den USA unterrichtet und referiere seit vielen Jahren in China, Japan, Russland und Lateinamerika. Ich war während der Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) Berater der liechtensteinischen Regierung und bin dann „ihr“ Richter geworden.

SN: Kann man sagen, Sie selbst sind in einer ungewöhnlichen Situation als Schweizer und glühender Europäer?

Ich bin der einzige Schweizer Entscheidungsträger im EWR. Glühend bin ich aber nicht. Das würde den Blick auf die Realität trüben. Die EFTA-Staaten Norwegen, Liechtenstein und Island sind Teil des europäischen Binnenmarkts, und mein Gerichtshof leistet einen erheblichen Beitrag zur Fortentwicklung des Binnenmarktrechts. Die EU hat leider gegenüber Nichtmitgliedsstaaten immer eine gewisse Tendenz gehabt, sich abzuschotten. Die EWR/EFTA-Staaten sollte man aber nicht als Dritt-, sondern als Zweitstaaten behandeln.

SN: Aufgrund Ihrer internationalen Tätigkeit sind Sie auch ein profunder Kenner Österreichs. Zuletzt waren Sie sogar Mitglied der Griss-Kommission zur Untersuchung des Hypo-Skandals. Inwieweit haben Sie dadurch Österreich noch besser kennengelernt?

Ich hatte zu Österreich schon lang eine enge Beziehung, nicht zuletzt über Erhard Busek, Franz Vranitzky und Walter Barfuß.

Viele Jahre habe ich beim Europäischen Forum in Alpbach referiert. Eine Debatte mit Wolfgang Schüssel über die gegenseitigen Stereotype von Österreichern und Schweizern ist mir in besonderer Erinnerung geblieben. Meine Tätigkeit in der Griss-Kommission hat meine Bewunderung für das politische System Österreichs nicht gesteigert. Das Hypo-Drama hat zwar in Kärnten unter blauen Vorzeichen angefangen. Aber auch die Aufteilung in eine rote und eine schwarze Reichshälfte hat sich als wenig segensreich erwiesen. Es ist immerhin bemerkenswert, dass die Bundesregierung die vollkommen unabhängige Kommission eingesetzt hat. Und Irmgard Griss ist eine überragende Persönlichkeit.

SN: Was charakterisiert „die österreichische Seele“?

Eine gewisse Leichtigkeit des Seins und eine Eleganz, welche den Schweizern abgeht, ein relativ hohes Maß an Sentimentalität, eine Neigung zum Verdrängen, viel Vertrauen in den Staat – die Wiener Schule der Nationalökonomie ist in Vergessenheit geraten –, die Bereitschaft, in die schönen Künste zu investieren. Zum letzten Punkt merke ich an, dass den Schweizern ein ausgeglichenes Budget nicht selten wichtiger ist als die Kultur. Unter dem Titel Verdrängung sind wohl auch die 35 Jahre EFTA-Mitgliedschaft und das eine Jahr im EFTA-Pfeiler des EWR zu nennen. Österreichischer EFTA-Richter war der Ausseer Kurt Herndl. Die Bundesregierung hat sich noch an keinen Verfahren vor dem EFTA-Gerichtshof beteiligt, und das obwohl es mitunter um die Belange österreichischer Bürger gegangen ist.

SN: In Bezug auf die EU herrscht in Österreich eine gewisse Ambivalenz, wonach „Brüssel“ gern die Schuld an Negativem gegeben wird, Positives will man sich aber auf die eigenen Fahnen heften.

Österreich ist der EU 1995 mit grenzenloser Begeisterung beigetreten. Fast 67 Prozent Zustimmung waren für ein wohlhabendes Land außergewöhnlich. Mit den bedenklichen Sanktionen des Jahres 2000 hat sich das auf ein normales Maß reduziert. Die Probleme der EU haben wegen der viel zu raschen Erweiterung und der Finanz- und Wirtschaftskrise ständig zugenommen. Gleichzeitig glauben immer weniger Leute an Dogmen, wie beispielsweise die EU müsse, einem Fahrrad gleich, ständig in Bewegung bleiben. Irgendwann ist Konsolidierung angesagt. Ein Bergführer kann nicht pausenlos Richtung Gipfel stürmen. Ab und zu muss er zurückschauen und prüfen, ob ihm die Seilschaft folgen kann.

SN: Stimmt der Eindruck, dass es auch in der Schweiz eine Art schizophrene Einstellung in Bezug auf Europa gibt? Man möchte ja die Vorteile des gemeinsamen Markts nützen, aber nicht Mitglied werden. Sind nicht die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU ein wesentlich teurerer Umweg?

Der entscheidende Vorteil der Schweiz ist das Fehlen eines hegelianischen Staatsmodells und das Vorhandensein einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Der Staat ist eine nützliche Institution, nicht mehr und nicht weniger. Hinzu kommt ein tief verwurzelter merkantiler Geist, der seinen Ursprung wohl im Calvinismus und Zwinglianismus hat.

Der Bilateralismus hat bis vor Kurzem wirtschaftlich so gut funktioniert, dass es kaum mehr eine Schweizer Europapolitik gibt. Nun fordert die EU von der Schweiz eine Kontrolle der bilateralen Verträge durch einen übergeordneten Überwachungsmechanismus und einen übergeordneten Gerichtshof. Dass der Bundesrat (die Schweizer Bundesregierung, Anm.) diesbezüglich die EU-Kommission und den EuGH, d. h. die Institutionen der Gegenseite, ins Auge gefasst hat, ist allerdings ein Treppenwitz. Offensichtlich hat man in Bern in den letzten 20 Jahren das europarechtliche Handwerk verlernt. Es gibt zum Glück immer mehr Leute, die das realisieren.

SN: In Österreich wird die Schweiz oft als Vorbild genannt, etwa was die Europapolitik betrifft oder die direkte Demokratie mit mehr Volksabstimmungen. Glauben Sie, das wäre ein gangbarer Weg für unser Land?

Ich habe Ihrem Land keine Ratschläge zu erteilen. Aber es gibt einen allgemeinen Trend, dass Staaten über den Einbau direktdemokratischer Elemente in ihre Verfassungen nachdenken. In den letzten 20 Jahren hat es in der Schweiz freilich da und dort Abstimmungsergebnisse gegeben, auf die ich nicht stolz bin.

In der Europapolitik taugt die Schweiz kaum als Modell. Der Bilateralismus gleicht dem Vorgehen Tarzans: Man hangelt sich von einer Liane zur anderen. Das schafft keine Rechtssicherheit. Außerdem steht das Land nach der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“ im Februar 2014 europapolitisch mit dem Rücken zur Wand. Wenn die bilateralen Verträge hinfällig werden sollten, so wäre der Zugang der Schweizer Unternehmen zum EU-Binnenmarkt gefährdet.

ZUR PERSON:



Carl Baudenbacher

ist seit 1995 Richter am EFTA-Gerichtshof und seit 2003 dessen Präsident. Von 1987 bis 2013 war er Ordinarius an der Universität St. Gallen HSG, von 1993 bis 2005 Permanent Visiting Professor an der University of Texas School of Law. 2014 war er Mitglied der Griss-Kommission. Baudenbacher ist Träger des Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst Erster Klasse und des Herbert-Batliner-Europapreises.